

6. Rust.

Die ersten Glocken der Kirchengemeinde wurden erst im Jahre 1896 angeschafft. Sie wurden von der Firma Friedrich Seltenhofers Söhne in Sopron-Ödenburg gegossen und hatten das Gewicht von 1023, 506 und 269 kg, den Preis von 1515, 748 und 400 Fl. Sie wurden für die Ausstellung zum Millennium Ungarns hergestellt. Von diesen drei Glocken wurden zwei, die große und die kleine, am 6. Oktober 1916 für Kriegszwecke requiriert. An Stelle dieser wurden 1922 zwei neue bei der Firma Friedrich Seltenhofers Söhne in Sopron-Ödenburg verfertigt⁵.

7. Stoob.

3. Oktober 1804. „Campanae nullae sunt ecclesiae propriae, tamen communes habent cum Catholicis, sed tantum occasione funerum.“

8. Mai 1823. „Prolecta es Instantia Ecclesiae in eo exhibita, ut Superioritas Ecclesiastica, Processum, quem respecta Campanarum cum Romano Catholicis habent, promovere velit.“

14. September 1833. „Vero 1818 controversa exorta est inter Communitatem Evangelicam et Catholicam quoad Cousum Campanarum duarum diversae magnitudinis in turri, que immediatae cum templo catholico in nexu est existentium. Huc usque Rector Scholae catholicae insonabat campanis tempore mortis alicujus Evangelicorum et occasione ductus funebris a domo usque ad coemeterium. Nunc cum Campanae majori jam vice diruptae denuo opus esset fusione, ad cujus expensas Evangelici semper rata suas fideliter contulerunt, hi desiderio tenebantur ut Rector Scholae catholicae non tantum tempore mortis et occasione funerum suorum, sed et insuper ad cultum suum divinum pulset; est Catholici desiderio eorum licet justissimo fortiter abstiterunt. Evangelici causam suam magno cum favore ultro movebant adeo, ut postremum ad Suam Majestatem deveniret. Quis tandem denique finis omnium suorum motuum? Stent hic verba ipsa altissima Suae Majestatis: ‚Sua Majestas Sanctissima benigne resolvere dignata est, ut cum disposita amica inter Partes Conventio Successum non habuerit, praevigens usus porro etiam manuteneatur.‘ De hac benigna Resolutione Suae Majestatis Sanctissimae Evangelici die 17 Februarii 1828 edocti; se penitiae sejunxerunt a Catholicis, in quorum manua, prohdolor! permanserunt campanae; modus enim comparationis earum erui non poterat. Vide Acta hujus in cista ecclesiae reposita.“

3. September 1847. „Turm und Glocken fehlen.“

Fortsetzung folgt.

Die Abstimmung von Oedenburg im Urteil der Angelsachsen

Von Hans Paul, Mattersburg

Wer in der ersten Hälfte des 20. Jh. nach bedeutsamen historischen Entscheidungen, die von Angelsachsen gesetzt wurden, Ausschau hält, dem drängen sich zwei

5 Fiedler K., Geschichte der evangelischen Pfarrgemeinde A. B. in Rust. S. 91, 108 und 112.

Ereignisse förmlich auf: der Marshallplan, der das aus vielen Wunden blutende Europa nach dem Zweiten Weltkrieg in unglaublich kurzer Zeit wirtschaftlich zu heilen vermochte, und die „Vierzehn Punkte“ Wilsons, die die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden nach dem Ersten Weltkrieg bilden sollten.

Der Punkt X der Erklärung Wilsons bildet gleichsam die Rechtsbasis, die der Bevölkerung des ehemaligen Deutschwestungarn den Weg zu Österreich ermöglichte. In seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten hatte Wilson im Jänner 1918 klar und eindeutig erklärt: „X. The peoples of Austria-Hungary, whose place among the nations we wish to see safeguarded and assured, should be accorded the freest opportunity of autonomous development.“¹

Der dauerhafte Friede, von dem Wilson träumte, kam nicht zustande. Wir wollen hier nicht die Gründe untersuchen, die sich der Verwirklichung der Ideale Wilsons in den Weg stellten. Im Rahmen dieses Aufsatzes will der Fall Ödenburg nur als kleines Beispiel angeführt sein, das beweist, wie gute Vorsätze in ihr Gegenteil verwandelt werden können. Nichts liegt uns dabei ferner, als hier revisionistische Gefühle zu entfachen. Wir könnten uns auch kaum objektiv zur Abstimmung von Ödenburg äußern; sofort stünden wir in Verruf, Partei zu sein, der die nötige Sachlichkeit von vornherein abgesprochen wird. Wenn wir trotzdem versuchen, das Plebiszit von Ödenburg kritisch zu beleuchten, so nur deshalb, weil wir uns dabei auf angelsächsische Gewährleute stützen, denen man die nötige Objektivität kaum absprechen kann. Was die Ödenburger Frage immer wieder in den Blickpunkt rückt, ist die Tatsache, daß die Lösung des Problems, wie sie im Falle Ödenburg erfolgte, den Ungarn wenig nützte, dem Burgenland aber schweren Schaden zufügte.

Ein Blick auf die Karte hebt jeglichen Zweifel auf. Alle Straßen und Bahnlinien unseres Raumes führten nach Ödenburg. Es war der gegebene wirtschaftliche und kulturelle Mittelpunkt unserer Heimat, die natürliche Hauptstadt dieses Gebietes. Daß wir heute noch, nach einer langen Reihe von Jahren, fast überall als Schlußlicht innerhalb der österreichischen Bundesländer aufscheinen, geht nicht zuletzt auf den schlechten Start zurück, mit dem man uns ins Leben setzte — als einen Rumpf ohne Haupt. Wer dieses fleißige Volk der Deutschen, Kroaten und Madjaren bei der Arbeit gesehen hat, wird sie kaum für weniger strebsam und begabt als die Bewohner der übrigen Bundesländer halten. Selbst heute, wo sich Eisenstadt bereits als Hauptstadt durchgesetzt hat, besitzt es nicht jenes wirtschaftliche und kulturelle Strahlungsvermögen, wie es Ödenburg schon vor Jahrzehnten aufwies. In 36.000 Köpfen steckt eben mehr als in 8.000.

Wie sahen die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Raume vor dem Ersten Weltkrieg aus?

“Even Hungarian writers admitted that the population of Pressburg, Oedenburg, and the surrounding districts stood economically and culturally far nearer to Vienna than to Budapest. Economically, this tendency was, moreover, important. In 1890 out of the 221.139 Hungarian citizens domiciled in Austria, 130.905 of whom were in Lower Austria alone, (at this time Vienna formed part of Lower Austria) no less than 29.314 came from the County of Pressburg, 30.386 from

¹ Frances Farmer, *The Wilson Reader*, Oceana Publications, New York City 1956, p. 178.

*Oedenburg, 29.500 from Eisenburg, and 7.352 from Wieselburg; the great majority of these were Germans.*²

Es ist Tatsache, daß vor dem Ersten Weltkrieg kein Versuch von seiten der deutschen Bevölkerung Westungarns unternommen wurde, die unverhüllten Madjarisierungsbestrebungen in diesem Gebiet einzudämmen. Die führende Schicht der Gebildeten, die in ungarischen Schulen erzogen worden war, bediente sich im Umgang mit ihresgleichen fast ausschließlich der ungarischen Sprache und trug die Verachtung des angestammten Deutschtums nicht selten offen zur Schau.

*“During the agitation in 1905 of the various nationalities in Austria-Hungary for federalism, suggestions were made in Vienna that the Germans of the Empire should also be united and that the German-speaking strip from Pressburg to the Raab should be taken from Hungary and added to them.”*³

Während des Ersten Weltkrieges setzte ein nationales Erwachen der Deutschen Westungarns ein. Es bildeten sich zwei Gruppen, von denen die eine den „Deutschen Volksrat“ unter Führung Dr. Brandsch formte, während die zweite sich um den Universitätsprofessor Bleyer aus Budapest scharte und sich „Deutschungarischer Volksrat“ benannte. Die erste Gruppe mit ihrer radikaleren Führung hatte mehr Durchschlagskraft. Von den zwei Vertretern Westungarns im „Deutschen Volksrat“ forderte der Sprecher der Nordgebiete die nationale Selbständigkeit innerhalb Ungarns, der Vertreter des Südens Trennung von Ungarn und Vereinigung mit Österreich.

Aber es gab auch andere Mächte, die lebhaftes Interesse für diesen Landstreifen bekundeten. Seit Juni 1914 bestand der Plan eines slawischen Korridors, der über das heutige Burgenland hinweg die Tschechoslowakei mit Jugoslawien verbinden sollte.

*“This plan was revived in 1915 by no less a person than Professor Masaryk afterwards first President of Czechoslovakia, who submitted to the British Foreign Office a statement of Czech claims, or desires, including the following passage: The maximum of Czech and Serbo-Croat aspiration would be the connexion of Bohemia and Serbo-Croatia. This can be effected by giving the strip of land at the Hungarian frontier in the west either to Serbia, or the half of it (north) to Bohemia, the other (south) to Serbia.”*⁴

Der Korridor scheiterte am Widerstand der Italiener. Zunächst sahen die Friedensvorschläge keinerlei Gebietsgewinn für Österreich auf Kosten Ungarns vor. Österreich verlangte in seinen Gegenvorschlägen vom 16. Juni und 10. Juli 1919, daß man der deutschsprechenden Bevölkerung der Komitate Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg das Selbstbestimmungsrecht einräume. Das betraf ein Gebiet von etwa 5.800 km² mit einer Bevölkerung von ungefähr 495.000, von denen 325.000 Deutsche waren. Bei der Abgrenzung des Gebietes spielten auch wirtschaftliche Verhältnisse im Hinblick auf die Versorgung von Wien und Graz mit Lebensmitteln eine wichtige Rolle.

2 C. A. Macartney, *Hungary and Her Successors*, Oxford University Press, London New York Toronto 1937, p. 46.

3 Sarah Wambaugh, *Plebiscites Since the World War*, Washington 1933, Vol. I, p. 273.

4 Macartney, a. a. O., p. 51 f.

Die Kommission empfahl dann mit vier Stimmen gegen eine (die italienische) die Abgrenzung des Gebietes, die im wesentlichen so aussah, wie sie schließlich angenommen wurde, mit Ausnahme der Schleife von Ödenburg.

Zu der Zeit wurde in Ungarn das kommunistische Regime durch eine gegenrevolutionäre Regierung abgelöst. Ihre Vertreter auf der Friedenskonferenz von Trianon stellten sich gegen die Forderungen Österreichs. Unter Druck kam der Friede mit Ungarn am 4. Juni 1920 zustande. Von der Abtrennung Westungarns an Österreich vor der Ratifizierung der Friedensverträge konnte natürlich keine Rede sein. Inzwischen brachten die Wahlen vom Oktober 1920 die Christlichsoziale Partei in Österreich an die Macht. Sie wünschte eine Annäherung an das ehemals verbündete Ungarn. Die Ungarn aber ließen keinen Zweifel darüber bestehen, daß Österreich als Preis hierfür auf Westungarn oder zumindest auf den größten Teil dieses Gebietes zu verzichten hätte. Das konnten sich die Christlichsozialen aus Rücksicht auf ihre Wähler nicht leisten, daher folgte man dem Kurs der Sozialdemokraten und lehnte sich an die Tschechoslowakei an.

Um die ungarischen Ansprüche auf Deutschwestungarn noch mehr zu untermauern, hatte man auf den großen Landgütern der ungarischen Adelligen bewaffnete Banden geschult und sie als spontane Erhebung des bodenständigen Volkes hingestellt.

“Hungary maintained that this movement represented a spontaneous upheaval of the local population of the Burgenland, determined to resist to the last the transfer to Austria, and that the Government in Budapest was unconnected with it and, indeed, unable to control it; while Austria contended that it was organized, financed, and controlled from Budapest and carried through by elements imported from the interior of the country, who terrorized the genuine local population.” Und weiter fährt er fort: *“It is therefore necessary to say that the weight of evidence clearly supports the Austrian contention. The large landed proprietors were undoubtedly against the transfer. They helped to organize and assist the resistance, of which their estates were the chief centre. The bands certainly included a proportion of the personnel employed on these estates, and also a number of the Magyar intelligentsia, notably the Oedenburg high school students. To this extent the movement was local.”* Und weiter unten: *„While, therefore, the participation of some local elements is not to be denied, it must be stated categorically that these elements belonged almost exclusively to the Magyar minority; that the bulk of the resistance came from inner Hungary; and that to regard it as a spontaneous resistance on the part of the local population to Austrian rule would be greatly mistaken.“*⁵

Im April und Mai 1921 fanden in Tirol und Salzburg Wahlen statt, bei denen sich die große Mehrheit für einen Anschluß an Deutschland entschied. Die Alliierten drohten hierauf, den Anschluß des Burgenlandes an Österreich rückgängig zu machen, wenn der Anschlußbewegung an Deutschland nicht Einhalt geboten werde. Eine interalliierte Kommission, der der italienische General Ferrario vorstand, traf am 6. August in Ödenburg ein und legte den 29. August als Tag der Übergabe des geforderten Gebietes an Österreich fest.

Die österreichische Regierung befand sich unter dem Druck des Auslandes in einer schwierigen Situation und legte daher ein zögerndes Handeln an den Tag.

5 Macartney, a. O., p. 56 f.

„Eine gewisse Bedeutung hatte wohl auch die Haltung einiger Wiener bürgerlicher Politiker und Publizisten, die für die ungarische Rechtsregierung große Sympathien besaßen und, wie es schien, bereit waren, allenfalls österreichische Ansprüche auf Westungarn zu opfern.“⁶ Führende Kreise Österreichs hatten an die interalliierte Kommission das Ersuchen gerichtet, die Besetzung des neuen Gebietes nur durch die österreichische Gendarmerie durchführen zu lassen. Die österreichische Regierung erhob dagegen keinen Einspruch. Die Kräfte der Gendarmerie reichten aber für ein derartiges Unternehmen nicht aus, die Gendarmerie wurde über die österreichische Grenze zurückgeworfen. Ungarn gewann Zeit und wandte sich an Italien mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß das Gebiet von Ödenburg und Umgebung bei Ungarn verbleibe. Die gleiche Forderung wurde an die Tschechoslowakei gerichtet.

Österreich protestierte bei beiden Regierungen, aber auf das Betreiben Frankreichs und Großbritanniens sah sich der österreichische Bundeskanzler Schober genötigt, am 13. Oktober 1921 das „Venediger Protokoll“ zu unterzeichnen. Ungarn verpflichtete sich darin, daß die irregulären Banden das Gebiet des heutigen Burgenlandes räumten, während Österreich zustimmte, daß eine Volksabstimmung in Ödenburg und den acht umliegenden Gemeinden abgehalten wurde.⁷

Am 13. November marschierten die österreichischen Truppen in Deutschwestungarn ein, und am 4. Dezember 1921 war das ganze Gebiet mit Ausnahme von Ödenburg und Umgebung in österreichischer Hand.

Die Volksabstimmung selbst fand am 14. und 15. Dezember statt. Über die Unzulänglichkeiten, die man dabei feststellen konnte, mögen unsere Gewährleute berichten.

“The Austrian delegation only reached Oedenburg on Nov. 29, and the revision did not begin until Dec. 4, leaving actually only six days for the lists. Hungary had working for her the entire apparatus of State, County, and municipal officials, assisted by ready volunteers. The issue of the necessary documents was thus entirely in Hungarian hands, while, in addition, the frontier was closed almost hermetically against Austria — the home of many persons born in the plebiscite area — while wide open to Hungary.” — „It is not to be doubted that many abuses took place; that votes of unqualified persons were registered for Hungary, and that qualified Austrian voters were disfranchised.”⁸

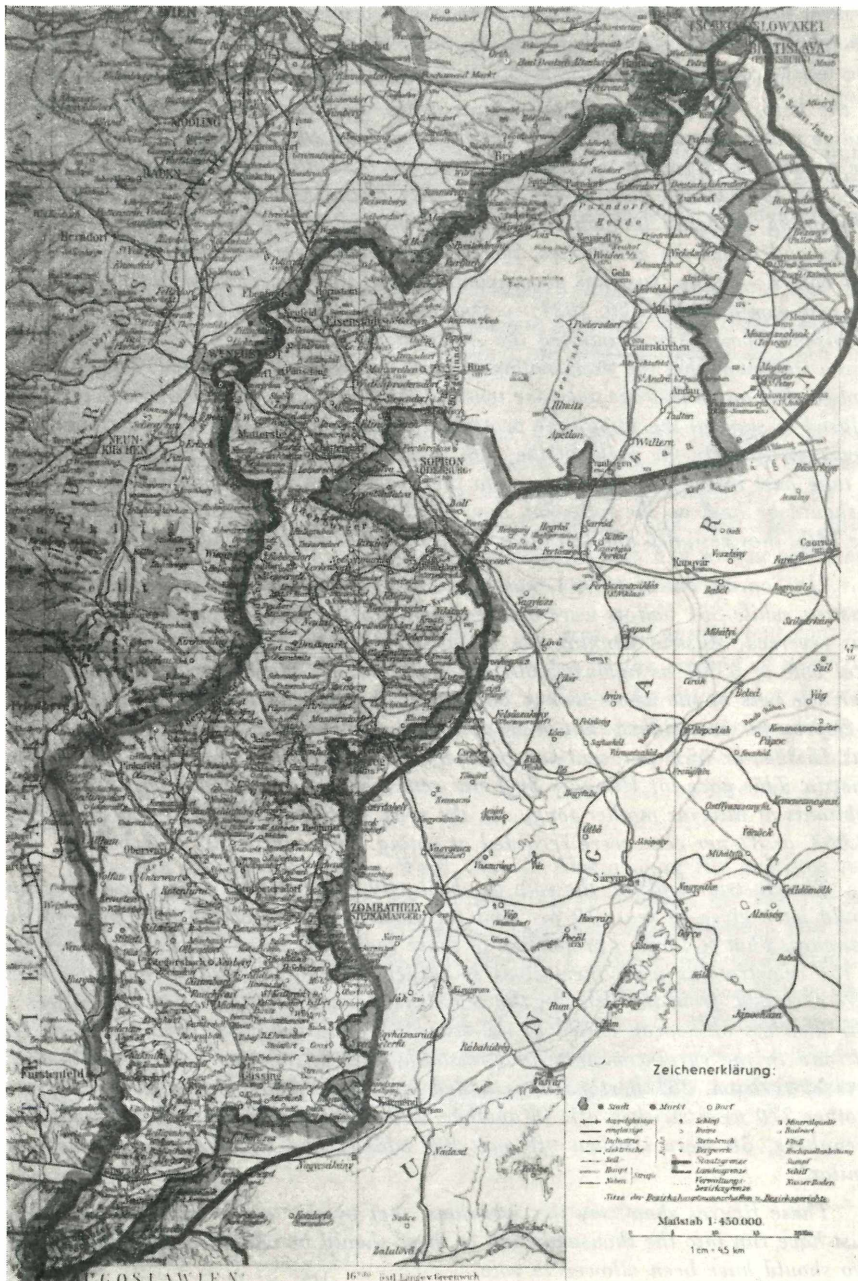
Von der Übernahme der Verwaltung durch die eingesetzte Kommission, wie das ausdrücklich für das Abstimmungsgebiet vorgesehen war, konnte kaum die Rede sein.

“In spite of the explicit provision in Part II of the Protocol of Venice that the Commission of Allied Generals should ‘exercise the administrative power’, the Com-

6 Erich Zöllner, Geschichte Österreichs, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1961, S. 497.

7 Im Zusammenhang mit der Regelung von Grenzfragen ist der Brief eines „deutschen Burgenländers aus Nord Amerika“ an das Auswärtige Amt der Republik Österreich in Wien nicht uninteressant. Dieser Brief trägt das Datum vom 19. Sept. 1921 und enthält Vorschläge für eine vernünftige Grenzregelung im Raume von St. Gotthard. Veröffentlicht in Otto Guglia, Das Werden des Burgenlandes, Burgenländische Forschungen 44, Eisenstadt 1961, S. 34 f.

8 Macartney, a. a. O., p. 59.



Das ursprünglich von Österreich geforderte Gebiet Westungarns
(schwarze Linie im Osten der Burgenlandkarte)

mission neither in this nor in any other public pronouncement, explicitly took over the administration, although it did, in some measure, exercise it in practice.“⁹

“When the Austrian members of the Plebiscite Commission at last gained Access to the lists, they found so many names which they considered improperly entered and so many others omitted. that they reported back to their government that under the present condition of the lists there was no possibility of a free and fair plebiscite. — As regarded general conditions, they again insisted that these be changed, demanding in detail immediate and complete removal of the Hungarian military forces and of all the gendarmes, secret police, and insurgents who were not qualified voters. — The Austrian government argued that the earliest date possible for the vote would be Dec. 20, 1921. — On Dec. 12, 1921, the Allied Presidents of the Plebiscite Commission requested the Austrian members to sign the voting lists and also a statement that the examination of the lists had been concluded. The Austrians replied that on an average only one tenth of the lists had been carefully corrected and refused to sign, at the same time protesting against holding the vote on the basis of incorrect lists. On the night of the 13th instructions came to them from Vienna not to take part in the vote if, contrary to the expectation of the Austrian government, it should be held on the following day. As the polls were opened on the morning of the 14th, they resigned and left the area, as their Government had instructed them.“¹⁰

“In Sopron, out of 18.994 registered, 12.327 voted for Hungary and 4.620 for Austria, while 351 ballots were declared void. In the rural communes, the situation was reversed, Austria winning the majority in five of the eight communes and a total vote of 3.607 as against 3.007 for Hungary. By the Protocol of Venice, however, the vote of the whole was to be counted together, and the Hungarian majority in Sopron far outweighed that of Austria in the five rural communes. The total vote was 15.334, or 65,1 per cent for Hungary, as against 8.227, or 34,9 per cent for Austria. This gave for Hungary 29,1 per cent more votes than the percentage of inhabitants of Magyar mother tongue in the area. Out of a total of 26.900 registered, 24.063, or 87 per cent, were recorded as voting. There were 502 void ballots. —

The Austrian look on the vote as absolutely inconclusive. A fair one, they say, would have given at least 70 per cent for Austria instead of the 65,1 per cent for Hungary. That so large a proportion of those registered voted means little, they say, as the registrations were themselves so largely fraudulent, and so many Germans were excluded from the lists. In the few days' revision the Plebiscite Committees in four districts of Sopron added to the lists 331 qualified voters who had been left off, and in the rural commune of Kroisbach, 522. In another committee, in three days of revision, 251 persons were added and about 150 persons stricken off; in another 270 were stricken off; in another, 200 were stricken off and 400 added; in Brennberg, 50 were stricken off and 400 added; and in others conditions were similar.

These figures show, say the Austrians, that by the law of averages, the errors must have run into the thousands and to these should be added some 2.000 refugees who should have been allowed to vote.

⁹ Wambaugh, a. a. O., S. 284.

¹⁰ Wambaugh, a. a. O., p. 288 ff.

*Moreover, they say, at the polls, thousands of Hungarians voted under false names. Many secret police, state police, and students, who were unqualified voted. No effort, they say, was made at the polls to establish the identity of the voters except in the case of the Germans.*¹¹

Angesichts dieser Vorgänge, die so gut wie keine Kontrolle für vermutliche ungarische Wähler, wohl aber strenge Kontrollen für mutmaßliche österreichische Wähler vorsahen, nimmt das Ergebnis nicht Wunder. Besonders bedeutsam wirkt folgende Feststellung:

“Neutrals in the area at this time add their testimony to support that of the Austrians. They say that people favouring Austria were kept from registering before the vote by students and bands who patrolled the districts threatening the inhabitants.”

*“These observers say that on the polling day, when people lined up before entering the booths, Hungarian students demanded to see voting certificates for ‘purposes of revision, collared’ many certificates, and ‘hustled off’ the original owners, threatening those who should return, and that the students then voted, some many times over, with the certificates they had stolen, and that the Budapest newspapers published this as a patriotic achievement.”*¹²

*“That there was insufficient policing of the area and insufficient control by the Allied Generals is obvious. Unfortunately, owing to the method of registration by one side only and the shortness of time for revision, the charge that there were many false registrations and many qualified voters omitted is only too likely and cannot be discarded. To give each Plebiscite Committee two separate districts and then provide only six days in which to revise the lists must be considered to afford no opportunity for proper checking up.”*¹³

Österreich blieb keine andere Wahl, als die Abstimmung für ungültig zu betrachten. Nach längerem Weigern, sie zur Kenntnis zu nehmen, sah sich die österreichische Regierung gezwungen, vollzogene Tatsachen anzuerkennen. Die Unterfertigung des Ödenburger Übergabeprotokolls vom 1. Jänner 1922 durch den ungarischen Vertreter bei der Generalkommission anerkannte den unanfechtbaren Rechtstitel Österreichs am burgenländischen Anteil Westungarns. Außerdem versprach Ungarn, Österreich wirtschaftspolitisch entgegenzukommen. Diese Umstände erleichterten Österreich den Entschluß, daß es am 20. Feber 1922 die Ödenburger Abstimmung auch formell anerkannte.¹⁴

11 Wambaugh, a. a. O., p. 291 ff.

12 Wambaugh, a. a. O., p. 294.

13 Wambaugh, a. a. O., p. 297.

14 O. Guglia, Das Werden des Burgenlandes, Burgenländische Forschungen 44, Eisenstadt 1961, S. 66.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Burgenländische Heimatblätter](#)

Jahr/Year: 1966

Band/Volume: [28](#)

Autor(en)/Author(s): Paul Hans

Artikel/Article: [Die Abstimmung von Oedenburg im Urteil der Angelsachsen 24-31](#)